

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Berichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten darstellen, die Schnelligkeit unserer telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebersetzung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fonds Börse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermittelt.

Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 18. Juni. Bei der gestrigen Grundsteinlegung des Domes hat der Kaiser den Ober-Bauinspektor Zelle sehr ausgezeichnet und ihm die Pläne zur Verschönerung der Marktfacaden am Schloßplatz und in der Breitenstraße eingehend besprochen. Der Kaiser wird diese Verschönerungen aus eigenen Mitteln bestreiten.

Der Kaiser hat dem Professor Bergmann gestern sein Bildnis in kostbarem Goldrahmen mit der Widmung: „An dankbarer Anerkennung Wilhelm 1. 6. 1894.“ überreicht.

Das neue Reichstagsgebäude wird gleich zu Beginn der Tagung im November vom Reichstag bezogen werden. Es wird bis dahin vollständig fertig sein.

Der Kaiser hat angeordnet, daß bei Veranstaltungen, die aus Anlaß kaiserlicher Reisen in die Provinzen getroffen werden, die durch die verfügbaren Mitteln gezogenen Grenzen innegehalten werden. Insbesondere soll der kaiserliche Dispositionsfonds nicht angegriffen werden.

— In der „Nordd. Allg. Ztg.“ lesen wir folgende Auslassung:

„Unter der Ueberschrift: „Schlemmer und Preiser“ bringt die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe vom 16. Juni einen Artikel, in dem zum Beweise dafür, daß die hiesigen Wirtschaften in Berlin nicht sowohl von den Gutsbesitzern als vielmehr von großen Börsenmännern leben, auf die reichen Wägen des Inhabers des Banthauses Hirschfeldt und Wolff Bezug genommen wird, bei dessen Zusammenbruch ja auch der Reichskanzler von Caprivi mit nur 400.000 Mark zu den Verbindungen zählte.“ Diese geistlich verbreitete Behauptung, durch die der Reichskanzler in schlechtem Lichte erscheinen soll, beruht auf dreifacher Erfindung. Der Reichskanzler Graf Caprivi hat weder je Vermögen besessen, noch mit dem Bankier Wolff in irgend einer Beziehung gestanden.“

Die „Telegraph“ meldet aus Newyork das Ableben des früheren Gesandten der Vereinigten Staaten in Berlin, Dr. Walter Phelps. Der nach seiner Abberufung in seine Heimath zurückgekehrte Staatsmann war dort von schwerem Siechthum befallen worden und die letzten hierher gelangten Depeschen hatten bereits keine Hoffnung mehr auf die Heilung des Diplomaten gelassen. Dr. Phelps, der nahezu vier Jahre lang die Union in Berlin vertreten hatte, war hier in der diplomatischen Welt wie in der amerikanischen Welt ungemein beliebt gewesen. Im Laufe seiner Thätigkeit war ihm mehrmals Gelegenheit gegeben worden, seine großen Sympathien für Deutschland nachdrücklich zu bekunden. So hatte er, während der im Jahre 1889 in Berlin tagenden Samoa-Konferenz mit Gild zwischen den Anforderungen Deutschlands und der schroffen Stellungnahme seines amerikanischen Kollegen Dr. Bates nochmals zu vermitteln gesucht, ein Aufstreben, für das man diesem mit Anerkennung nicht fargte. Auch in den während seiner Amtsführung obwaltenden handelspolitischen Konflikten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten machte er im Gegensaß zu den Vertretern der Mac-Kinley-Doktrin aus seinen deutsch-freundlichen Gesinnungen kein Hehl, wie er denn überhaupt stets bemüht blieb, in allen Angelegenheiten des Exports nach Amerika den Anforderungen der deutschen Exporteure nach Kräften Vorschub zu leisten. Dr. Phelps, der ein Alter von fünfzig und einigen Jahren erreicht hat, führte in Berlin stets ein offenes Haus, in dem die Spitzen der Gesellschaft

und hervorragende Vertreter von Kunst, Wissenschaft und literarische Aufnahme fanden. Die einzige Tochter des verstorbenen Diplomaten ist an Herrn v. Hottenburg verheiratet. Wie sein Scheiden aus der in Berlin beglaubigten Diplomatie in vielen Kreisen schmerzlich empfunden wurde, so wird auch sein Tod in Berlin und Deutschland lebhaftes Bedauern hervorrufen.

— Vor Kurzem hat zu Straßburg i. E. ein sehr beachtenswerther Prozeß stattgefunden. Ein Pfarrer Müller aus Münster i. E. war auf Antrag des Bischofs Frigen „wegen öffentlicher Beschimpfung der katholischen Kirche“ angeklagt, weil er in einem Vortrage die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit „wahnwitzig“ genannt hatte. Der Staatsanwalt — es ist kaum glaublich: ein Protestant! — ereiferte sich für das Dogma von der Unfehlbarkeit, welches „von so fundamentaler Bedeutung sei wie kein anderes“ und bellagte bitter die durch Pfarrer Müller bezogene „Verletzung des konfessionellen Friedens“. Der Vertheidiger, ein Katholik, wies darauf hin, daß das Dogma von der Unfehlbarkeit im Elsaß überhaupt nicht publiziert, also für das Elsaß gar nicht als „Einrichtung der katholischen Kirche“ zu betrachten sei. Er erwähnte, daß das Wort „Wahnwitz“ oft von den höchsten Stellen gebraucht sei, z. B. von Papst Pius IX., der die Politik Bismarcks als „Wahnwitz“ bezeichnete. Er hätte vielleicht noch hinzufügen können, daß selbst der jetzige Kardinal und Erzbischof von Köln seiner Zeit die Unfehlbarkeitslehre für einen „Lusum“ erklärte. Und was Bischof Frigen unter „konfessionellem Frieden“ versteht, zeigt der unter seinen Augen herausgegebene „Konfessionskatechismus“ des Jesuiten Scheffmacher, welcher von Schmäzungen gegen den Protestantismus wimmelt und den auch Pfarrer Müller nicht als Vorläufer als Zeitfaden der Seelenführung benutzt. Doch der Staatsanwalt erwies sich ebenso wie der Gerichtshof aller Verurteilungen unzugänglich und Pfarrer Müller wurde zu einem Tage Gefängnis verurtheilt. Dossentlich ist in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Ein andrer Bild. Nentlich kam der Bischof Hubertus Simar von Baderborn auf einer Firmungsreise auch nach dem fast ganz protestantischen Rindolstadt und die Thüren des Fürstenthums auf dem Bahnhofe thaten sich ihm auf. Wie uns berichtet wird, hat der rindolstädtische Staatsminister diese Verbindungen wollen, aber die Direktion der Saale-Bahn, welche über ihren Bahnhof nach Belieben verfügen kann, hat darauf keine Rücksicht genommen. Da der Appetit beim Gehen im Genuß kommt, verlangte der rindolstädtische Pfarrer in Rindolstadt vom Stationsvorsteher, er solle für Spalierbildung sorgen. Daraus habe die so entgegenkommende Direktion noch nicht gedacht; vielmehr trägt sie das nächste Mal auch diesen Vorbehalt Rechnung. Der sollte allmählich doch der Direktion, deren Sitz sich in Jena befindet, eine Ahnung davon aufsteigen, wie sehr durch solche einem rindolstädtischen Bischof dargebotene Unbilligkeit die berechtigten Wünsche einer evangelischen Stadt verletzt werden? Warum öffnet sie, wenn sie hochgeheilte Geistliche auf diese Weise ehren zu müssen meint, nicht dem Generalinspektoren des Rindolstädter Bahnhofes das Fürsitzzimmer ihres Bahnhofes?

Dr. 31. Bei Gelegenheit der Feier des 25-jährigen Bestehens des katholischen Krankenhauses in Gelsenkirchen hat der dortige evangelische Landrath seinen Urlaub genommen, die katholischen Krankenschwestern als „die Elitetruppen auf dem Gebiete der Krankenpflege“ zu bezeichnen. Daß die evangelischen Krankenschwestern doch auch in vollstem Maße ihre Schutzzeit thun, hat der evangelische Landrath, der Mitglied des Vorstandes eines evangelischen Krankenhauses und Vertreter der evangelischen Kirchengemeinde Gelsenkirchen ist, mit Stillschweigen übergegangen. Wir möchten einmal das Können der ultramontanen Pfeife hören, wenn ein katholischer Landrath als Mitglied einer katholischen Kirchengemeindevertretung ein Loblied auf die evangelischen Diakonissen ausstücken wollte!

Die Erschlaffung des protestantischen Geistes macht erschreckende Fortschritte. Ein protestantischer Staatsanwalt, der sich zum Vorkämpfer der päpstlichen Unfehlbarkeit aufstellt, eine Direktion, die in einer gut protestantischen Stadt einem rindolstädtischen Bischof fürstliche Ehren erweist, ein evangelischer Landrath, der die katholischen Krankenschwestern auf Kosten der evangelischen verleiht — das sind doch gewiß auch Zeichen der Zeit, und keine ersten!

— Ihre kaiserlichen Majestäten machten heute einen gemeinsamen Spazierritt. Nach demselben nahm Sr. Majestät der Kaiser die Vorträge des Chefs des Geheimen Zivil-Kabinetts und die Marinevorträge entgegen. Um 10 Uhr hatte noch der Wilbhauser Schott die Ehre, von Sr. Majestät empfangen zu werden.

— Se. kaiserl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hat sich heute früh nach Schwerin zurückbegeben.

— In der Zentrums-Presse werden jetzt wieder Vorwürfe gegen die preussische Staatsregierung wegen der Gefährdung, welche das preussische Wahlgesetz schließlich bekommen hat. Es wird demgegenüber darauf zu erinnern sein, daß das Gesetz in einem wesentlichen Punkte für die minder wohlhabende Mehrheit der Bevölkerung ungünstig gestaltet ist als die Regierungsvorlage, indem statt der vorgeschlagenen Abgrenzung der Wählerklassen nach 5, 4 und 3 Wähler auf die Drittelung zurückgegriffen ist. Der Verlauf war bekanntlich der, daß zunächst im Abgeordnetenhaus zwar eine den Wünschen des Zentrums entsprechende Aenderung der Vorlage vorgenommen worden war, aber nur gegen den Widerspruch einer starken Minderheit und auch von einem Theile der Mehrheit in der sicheren Erwartung einer Aenderung im Herrenhaufe. Während dieses einem Beschluß auf unversänderte Annahme der Regierungsvorlage vorausgesetzte beigetreten wäre, stieß die von dem Zentrum beantragte Aenderung derselben auf grundsätzlichen Widerspruch. Da nun doch an den Beschluß des anderen Hauses geändert werden mußte, wurde auch aus grundsätzlichen und praktischen Gesichtspunkten die Drittelung wieder hergestellt. Zu der jetzigen Gestaltung des Wahlgesetzes hat daher in der Hauptsache die Aktion des Zentrums gegen die Regierungsvorlage im Abgeordnetenhaus selbst den Anlaß gegeben.

Unrichtig ist es auch, daß das Wahlgesetz ebenso wie das Landwirthschaftsgesetz selbst ein Gesetz des Zentrums gemacht sei. Was das letztere anlangt, so ist bekannt, daß sowohl die

Konservativen wie die Mittelparteien bereit waren, mit dem Zentrum das Gesetz zu machen, und daß auch die Regierung die Annahme der Kommissionsbeschlüsse mit Hilfe des Zentrums der jetzigen Lösung vorgezogen haben würde, daß aber das Zentrum selbst zu wenig unter sich einig war, um schließlich noch als Faktor für eine positive Erledigung der Aufgabe in der letzten Session in Betracht zu kommen.

Betreffs des Wahlgesetzes ist es zwar richtig, daß die Wirkung der bekannten 2000 Mark-Kauf, den Zentrumswählern einen größeren Einfluß in einer Anzahl von Städten zu sichern als sie bis dahin hatten, durch die Ablehnung im Herrenhaufe vertrieben ist. Was nun auch dahin gestellt sein, ob eine dahin gehende Abhilfe bei einer gesetzgeberischen Vorlage, welche Beschreibungen thut, zu vermeiden bezweckt, ganz berechtigt gewesen wäre, so ist es jedenfalls sicher, daß die Ablehnung des Herrenhauses nicht diese praktische Folge der 2000 Mark-Kauf, sondern das grundsätzliche Bedenken gegen eine Bestimmung entscheidend war, welche bei einem auf die Steuerzahlung basirten Wahlsystem gezahlte Steuerbeträge von der Anrechnung anschlössen wollte; aber auch die Aenderung der Grundlagen für die Aenderung der Klassen entbehrt jeder Spitze gegen das Zentrum; neben Erwägungen grundsätzlicher Art war dafür im Herrenhaufe vielmehr der praktische Gesichtspunkt maßgebend, daß bei einer Umstellung in einer Reihe östlicher Wahlkreise das Wahlrecht der Bauern verlor zu werden drohte.

Die eroberten Vorwürfe entbehren daher durchweg der tatsächlichen Begründung.

Im gegenwärtigen Augenblick, wo die Frage des Schicksals der Handwerker gegen den Bauunternehmungsgeist die Interessen der betheiligten Kreise lebhaft in Anspruch nimmt, dürfte der Hinweis auf die Thätigkeit einer Gesellschaft zeitgemäß erscheinen, von welcher der hiesigen Presse „Bericht über die Wirksamkeit des Berliner Bürger-Vereins-Instituts“ und der mit demselben verbundenen Stiftungen pro 1888 bis inkl. 1893“ handelt. Das dem großen Publikum eigentlich wenig bekannte Institut hat den Zweck, durch Gewährung von Darlehen an wirtschaftlich bedrängte gewerbetreibende Mitglieder diesen, wenn möglich, wieder aufzuheben, ihnen also ein volkswirtschaftlich sinnvolles Mittel zu bringen. Voraussetzung für die Darlehensgewährung ist in erster Linie der erbrachte Nachweis einer mindestens sechsjährigen Selbstthätigkeit des Gewerbetreibenden. Auch in dem Berichtszeitraum konnten alle Gesuche, die geeignet befunden wurden, durch Gewährung der gewünschten Mittel befriedigt werden, das sind 638 aus einer der näheren Prüfung unterbreiteten Zahl von 925 Gesuchen. Eine große Zahl der Darlehen waren, wie schon bemerkt, Bauhandwerker, vornehmlich Tischler. Insgesamt wurden in dem erwähnten Zeitraum an Darlehen 279.765 Mark, also durchschnittlich an jeden einzelnen Empfänger rund 439 Mark gezahlt. Mit nur sehr wenigen Ausnahmen waren die Darlehensempfänger bemüht, ihren Verpflichtungen dem Institut gegenüber nachzukommen. Die bis 1892 noch nicht zurückgezahlten Darlehensreste der in Folge im Jahre 1870-1871 erfolgten Verwendungen unterbreiteten sind niedergelegt worden. Eine Person erhielt ein nicht rückzahlungspflichtiges Darlehen. Ist auch das hiesige Institut des Bürger-Vereins-Instituts, zu dessen betragenden Mitgliedern auch des Kaisers Majestät gehört, nur in beschränktem Maße lebendig, so liegt doch die gegenwärtige Bedeutung desselben so offen auf der Hand, daß man sie in einer Zeit zunehmender Verschärfung der sozialen Gegensätze nicht ignoriren soll.

— Für heute um 1 Uhr ist eine Sitzung des Justizauschusses des Bundesraths einberufen, um über die Herausgabe einer Statistik der Kontur zu beraten.

Posen, 18. Juni. Wie dem „Kurier“ bekannt, aus Krakau gemeldet wird, ist der Fürstbischof von Krakau, Kardinal Dunajewski, heute Mittag gestorben.

Mittelfeld, 18. Juni. Die Dörfer ist von 650 Zentimeter gestern Abend 9 Uhr auf 670 Zentimeter gestiegen. Das Wasser bringt durch die Kanäle in mehr re Hüfen. Ein weiteres Steigen der Dörfer wird erwartet.

Buntau, 18. Juni. Gegenüber anderweitigen Blättern in Buntau wird von gut unterrichteter Seite mitgetheilt, daß von den 174 Königl. des Munizipals der hiesigen königlichen Wasser- und Schulanstalt sich 56 in Folge von Durchfällen und den damit gewöhnlich verbundenen Begleiterscheinungen in ärztlicher Behandlung bezw. Beobachtung befinden. Von diesen sind nur 4 schwerer, unter Fiebererscheinungen erkrankt, aber auch deren Zustand giebt zu ernstlichen Bedenken keinen Anlaß. Sämmtliche Patienten sind Zöglinge des Internats, von den Stadt-Schülern ist keiner erkrankt.

Kiel, 18. Juni. Schulschiff „Moltke“ kehrt heute morgen von der Auslandsreise heim. Rendsburg, 18. Juni. Nach amtlicher Feststellung erhielten bei der am 13. Juni im 6. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise (Rendsburg-Gezeberg) stattgehabten Reichstagswahl Wahlmänner (nationalliberal) 5994, v. Elm (sozialdemokrat) 12231, Köpff (frei. Volksp.) 5010 und Raab (Antisemit) 2328 Stimmen. Es hat somit eine Entscheidung zwischen Moltke und v. Elm stattgefunden.

Gauß, 18. Juni. Ganz Gauß prangt anläßlich der am letzten Jahrestage der Schlacht bei Belle-Alliance stattfindenden Entlassung des Bismarckdenkmals im Festhymne. Auf beiden Seiten des Rheins brauten auf den Höhen gegen Abend Feuerschein. Kanonendonner und Glockengeläute leiteten gestern Abend und heute früh die Feier ein. Alle vorbereiteten Rheinschiffe begrüßten die Bismarckstadt mit Böllerschüssen. Jeder Eisenbahnzug bringt neue Festgäste. Die Oberpräsidenten von Hessen und der Rheinprovinz, der Kommandeur des Bismarck-Infanterie-Regiments Oberstleutnant v. Homberg sind eingetroffen, außerdem zahlreiche auswärtige Vereine und Deputationen sämtlicher Sommer-Studentenverbände. Das Denmal des Marschalls Vorwärts, dessen Hülle nach der Festrede des Reichstags-Präsidenten von Tepper-Bast um 12 1/2 Uhr fallen wird, macht einen prächtigen Eindruck. Eine ganze Flotte sammelt sich vor Gauß auf dem Rhein, überall herrscht Feststimmung. In den Entlassungsfeierlichkeiten ist ein Festmahl, Theatervorstellung und als Vertreter des Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg, Geheimen Ober-Regierungsrath Harber-Berlin, General der Ka-

vallerie Graf Waldersee, Admiral Menck, die Generalleutnants von Noen, von Barby, von Heister, von Saff, die Generalmajors von Collob, am Ende, von Bardeleben, Herr von Brandt, Polizeipräsident Schütte, Konfiskations-Präsident Spig, Landesdirektor Sartorius-Wiesbaden.

Duisburg, 17. Juni. Die Bauarbeiten am Dortmund-Emskanal schreiten rüstig vorwärts. Von den etwa 22 Millionen Kubimeter der zu bewegenden Erdmassen waren nach einem Bericht des „Zentralblattes der Bauverwaltung“ bis zum 1. April d. J. nahezu 9 Millionen Kubimeter beauftragt, sodas augenblicklich die Hälfte der Erdarbeiten erledigt sein wird. Von den gewölbten großen „Brückentunneln“ zur Ueberführung des Kanals über die Lippe, Stever und Ems sind die über die Lippe und Stever bereits bis zu den Gewölbten vorgeschritten, an der Ems wird an den Fundamenten gearbeitet. Weit gediehen ist der Bau der Straßen- und Wegebrücken mit eisernem Ueberbau, deren nicht weniger als 128 herzustellen sind, von denen gegen 50 bereits nahezu fertig dastehen. Besonders Interesse verdienen die zur Hälfte vollendeten Dämme, Vauwerke, mittels deren die Kanal freudigen Flüsse und Kinnale unter dem Kanal hinweggeführt werden. Von den 20 Schleusen soll der größte Theil noch im gegenwärtigen Jahre in Angriff genommen werden, ebenso wird augenblicklich mit dem Bau des großen Heberwerks bei Drenthausen begonnen, mittels dessen die bis zu 600 Tonnen schweren Schiffe um 14 Meter gehoben werden, um von der unteren in die obere Kanalhaltung zu gelangen. Die Ausführung dieses eigenartigen Baues ist der Firma Haniel und Lueg in Düsseldorf-Grabenberg übertragen. Für die Herstellung der Wehranlagen in der zu kanalführenden Emsmündung, von denen die vier obersten als sogenannte Nabelwehre ausgebildet werden, ist vorzugsweise das Baujahr 1895 bestimmt. Von den aus der Kanal-Linie vorgesehenen 38 Dammthürmen für die Aufsichtsbereiche sind zur Zeit 16 ausgeführt. Der Grubenwerb ist für 180 Kilometer der Gesamtstrecke abgeschlossen und steht nur auf 22 Kilometer noch aus. Gegenwärtig befaßt sich die Zahl der beim Bau beschäftigten Arbeiter, Handwerker, Schachtmeister und Poliere auf 6-7000. Die Bauleitung wird von 58 höheren Bau- und 4 Verwaltungsbearbeitern geleitet, denen 236 Ingenieure, Techniker, Bau-Aufsicher u. s. w. zur Seite stehen. Von den Gesamtanforderungen im Ganzen gegen 64 Millionen Mark, waren bis zum 1. April d. J. 22 1/2 Millionen verausgabt.

Österreich-Ungarn.

Wien, 18. Juni. Eine zweite gestern Vormittag in einem Gasthause der Leopoldstadt abgehaltene sozialdemokratische Versammlung wurde ebenfalls in Folge des tumultuariösen Verlaufes von der Polizei aufgelöst und der Saal geräumt.

Wrag, 18. Juni. Nach Privatmittheilungen aus Reichenberg wurde in einem dortigen Gasthause von Kindern ein Sack mit 29 Kilogramm Dynamit gefunden.

Troppan, 17. Juni. Nach den gestrigen Erhebungen ist die Anzahl der bei dem Grubenunglück in Karwin Getödteten auf 232 festgesetzt. Bei den Rettungsarbeiten sind 35 Personen verunglückt, von denen 25 das Leben eingebüßt haben. 128 Opfer waren verheiratet, die Zahl ihrer Kinder ist noch nicht konstatirt. Die Hinterbliebenen werden aus den Grubenarbeiten und vom Weßler der Gruben, Grafen Karisch, versorgt werden.

Peft, 18. Juni. Das Magnatenhaus beschloß, das Renntium des Abgeordnetenhauses betreffs der Chevorlage mit Umgehung der Ausschussberatung am 21. dieses Monats zu verhandeln.

Schweiz.

Bern, 18. Juni. Mit Rücksicht auf die Vorgänge bei der Nordostbahn beauftragt der Bundesrath das Eisenbahndepartement, einen Gegenentwurf vorzulegen, durch welchen für die schwachsten Eisenbahngesellschaften neue Vorschriften zur Verbilligung von Mißbräuchen bei Anschlag des Stimmrechts der Aktionäre in der Generalversammlung, sowie über Mitwirkung des Bundes und der Kantone bei der Bestellung von Behörden, die der Gesellschaft unterstehen, aufgestellt werden.

Frankreich.

Paris, 18. Juni. Die diesjährigen großen französischen Flottenmanöver, welche nächsten Monat abgehalten werden, sollen über die wichtigsten Probleme der modernen Seekriegsführung das Licht der praktischen Erprobung verbreiten. Der Plan der Generalstabs zu diesen Manövern, deren Schauplatz der Atlantische Ozean und das Mittelmeer bilden sollen, ist dieser Tage im Prinzip zwischen dem Marineminister und dem Flottenchef, Vizeadmiral Gervais, vereinbart worden. Zur Theilnahme an den Manövern sind die Evolutionsgeschwader des Kanals und der Nordsee, das Reservegeschwader und die Schiffe der Küstenverteidigung befohlen worden. Alles das läßt darauf schließen, daß die maritime Machtentfaltung Frankreichs diesen Sommer eine ungewöhnlich große sein wird. Wenn demgegenüber die Blätter darauf hinweisen, daß die Einziehung der Reserve- und Seewehrmannschaften sich in den engstmöglichen Grenzen bewegen werde, so ist dieser Hinweis im Grunde ziemlich nichts-sagend. Unter dem Begriff „engstmöglich“ kann sich jeder denken, was er will, da er völlig inkonkret formulirt ist. Andererseits bleibt die Thatsache bestehen, daß Frankreich eben jetzt an der allerersten und markantesten Stelle der maritimen Streitkräfte entwickelt, welche ihrem taktischen Gewicht nach der Bedeutung mindestens eines selbständigen Flottenkorps zu Lande entsprechen und daß man nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, daß Frankreich, welches an den verschiedensten Punkten des Erdballs durch seine koloniale Aktion in Anspruch genommen wird, seine Flotte gewissermaßen im Zustande permanenter Mobilisirung hält. Es erhebt demgegenüber wirklich nicht von entscheidendem Belang, ob ein paar Reservisten mehr oder weniger eingezogen werden, da jedenfalls so viel Mannschafft zum Dienst parat stehen wird, als notwendig ist, um über die zur Lösung gestellten Aufgaben ins Reine zu kommen. Für die von Frankreich in Afrika verfolgten Absichten ist das Vorhandensein einer schwimmenden Streitmacht in dem Umfang, wie es die Bedürfnisse der internationalen Situation mit sich bringen, eine wesentliche Voraussetzung des Gelingens. Das

weiß niemand besser, als England, welches seine Flotte zwar jetzt in den abstrakten Gewässern spazieren fahren läßt, aber vielleicht nur deshalb um einen planmäßigen Vorwand zu haben, die Kanalflotte oder doch wenigstens einen ansehnlichen Theil derselben nach den marokkanischen Küstengewässern zu beordern.

Italien.

Rom, 17. Juni. Der „Stafie“ zufolge erhielt der Ministerpräsident Crispi zahlreiche Depeschen, in denen er zu seiner glücklichen Errettung anlässlich des gegen ihn gerichteten Attentats beglückwünscht wird, unter anderen auch solche aus Berlin, Wien, London, Madrid und Paris.

Der deutsche Botschafter beim Quirinal von Bülow hatte, wie das genannte Blatt erzählt, dem Ministerpräsidenten einen Besuch ab, um demselben im Namen Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm das Bedauern über das schändliche Attentat und die Glückwünsche zur Errettung auszubringen. Der Premierminister Lord Rosebery begab sich nach einer weiteren Meldung der „Stafie“ aus London zu dem dortigen italienischen Botschafter und bat denselben, Crispi die Glückwünsche der englischen Regierung zu übermitteln.

Der Reichskanzler Graf Caprivi überbrachte dem Ministerpräsidenten Crispi ein Telegramm folgenden Inhalts:

„Tief bewegt habe ich die Nachricht von dem Attentat erhalten, welches ein ruhrloher Mensch gegen Ihr Leben begangen hat; ich bin glücklich zu hören, daß die göttliche Vorsehung Ihr für das Wohl Italiens und für den Frieden Europas so kostbares Leben erhalten hat und bitte Sie, meine warmsten Glückwünsche entgegenzunehmen.“

Auch Fürst Bismarck gab in seinem und seiner Familie Namen der Entführung über das Attentat Ausdruck und überbrachte gleichzeitig die aufrichtigsten Glückwünsche zur Errettung.

Rom, 18. Juni. Eine Meldung der „Agenzia Stefanie“ aus Tanger bestätigt, daß der neue Sultan in Fez proklamiert und formell auch von den Brüdern des verstorbenen Kaisers Moulay Hassan und seinem eigenen Bruder, dem Biegehüth von Fez, anerkannt worden ist. Es seien keinerlei Unbefriedigungen vorgekommen.

Neapel, 17. Juni. Das Begräbniß Nicoteras fand gestern Nachmittag statt; an der Leichenfeier, welche einen imposanten Verlauf nahm, theilnahmen sich die Vertreter des Königs, Abgeordneten des Parlaments, der Kriegsminister in Vertretung der Regierung, zahlreiche Deputationen von Provinzen und Gemeinden, die Behörden der Stadt, sowie viele Vereine. Eine sehr zahlreiche Menschenmenge füllte die Straßen, durch welche der Leichenzug sich bewegte. Am Grabe wurden acht Reden gehalten; unter anderen sprachen die Vizepräsidenten des Senats und der Kammer, sowie die Bürgermeister von Neapel und Salerno.

Großbritannien und Irland.

London, 18. Juni. Vor dem Polizeigericht in Westminster begann heute die Verhandlung gegen den Anarchisten Fritz Bratt, Mitglied des ehemaligen Autonomie-Klubs. Bratt ist des verbrecherischen Besitzes von Geräten zur Gasbombenherstellung, einer großen Menge von Säuren und anderen Chemikalien, sowie von Sprengstoffen angeklagt. In dem Verhandlungsraum befanden sich ein in der Wohnung des Verhafteten beschlagnahmter großer Koffer und andere Werkszeuge. In Folge des Berichtes des Sachverständigen der Regierung wurde den bisherigen Anklagepunkten auf Grund des Sprengstoffgesetzes vom Jahre 1875 noch die Anklage wegen Felenie hinzugefügt, welche letztere mit Zuchthaus bis zu 14 Jahren bestraft wird.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Juni. Die russische Kaiserfahrt „Polaris“, mit dem Großflüßel-Chronographen an Bord, passirte auf der Reise nach England heute Morgen 4 1/2 Uhr Helsingör.

Montenegro.

Cettinje, 17. Juni. Admiral Seymour, der Kommandant des britischen Mittelmeer-Geschwaders, ist hier eingetroffen und wurde offiziell empfangen. Ihm zu Ehren fand ein Diner statt, an welchem sämtliche Offiziere des englischen Geschwaders theilnahmen.

Amerika.

Washington, 18. Juni. Die „Post“ veröffentlicht Einzelheiten über eine jüngst entdeckte Verschönerung, welche bezweckte, die Regierungsgeldscheide und das Weiße Haus in die Luft zu sprengen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. Juni. Zur Reise. Es muß immer wieder hervorgehoben werden, daß eine gut besetzte deutsche Bezeichnung der Gepäckstücke mit dem Namen und dem Bestimmungs-ort der Verschönerungen am sichersten schließt. Zur Bezeichnung eignen sich die mit Anknäulen versehenen Lederbüchsen, in welche eine die Adresse des Reisenden tragende Karte eingeschoben wird, besonders gut. Weitere Post- und Eisenbahnzettel dürfen die Gepäckstücke nicht tragen; Festscheide, zu deren Inhalt man durch Heben des Deckels trotz des Verschlusses leicht gelangen kann, müssen zur Verhütung von Veranlassungen freizugehen mit Stricken fest umschlungen sein. Die in Berlin eingerichtete Zentralmeldestelle vermittelt den Ausgleich fehlenden oder verschleppten Gepäcks thunlichst bald.

Die Firma Emil Schulte u. Co. hier ladet neben anderen Dampfern und Seglern jetzt den Dampfer „Marina“, und wie wir hören, in nächster Woche den Dampfer „Burton“ für die Nachschiff der North German Lloyd Co. Ltd., London, es sind dies die größten Dampfer, die bis jetzt in unserem Hafen mit Holz beladen worden sind.

In F. Marx's Konzertgarten treten heute Abend die „Schwebelischen Nachtigallen“ auf, welche sich bereits die Sympathien des Publikums errungen haben. Die ungenügende Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Am Westendsee findet heute das erste Johannisfest statt, wozu größere Arrangements getroffen sind, das Konzert wird von der Artillerie-Kapelle ausgeführt, am Abend ist für Illumination der Gesamtanlagen gesorgt, den

Bant-Papiere.	
Dividende von 1893.	Dividende von 1893
Bant f. Spitt	Disc.-Contt. 6% 188,250
1. Prod. 4 1/2% 70,250G	Dresd. B. 5 1/2% 139,605
Berl. Gf. 3 5/8% —	Nationalb. 4 1/2% 111,000G
do. Hb. Gf. 5% 134,000G	Bonn. Gf.
Bresl. Disc.	cont. 6% 116,300G
Bant 5% 101,806G	Pr. Centr.
Darmst. B. 4 1/2% —	Rob. 5 1/2% 163,708G
Deutsche B. 8% 158,255	Reichsbant 7 3/32% 156,600G
Dtsh. Gen. 5% 112,250G	
Gold und Vahiergeld.	
Einfaten per St.	Engl. Bantnot. 20,295G
Souvereign	Franz. Bantnot. 81,00G
20 Frs.-Stücke	Deut. Bantnot. 163,00G
Gold-Dollars	Oester. Noten 219,35G
1% 320,00G	Bant-Discount.
3 281,50G	Reichsbant 3, Lombard 3 1/2
5% 109,20G	bez. 4
7 141,00G	Privatdiscout 1 1/2 5
9% 146,00G	
— — —	
7% 345,250G	Amsterd. 8 T. 2 1/2% 168,705
8 281,750G	do. 2 M. 2 1/2% 168,205
4% 72 500G	Belf. Bant. 3 T. 3 1/2% 80,85G
5% 253,800G	do. 2 M. 3 1/2% 80,65G
1/2% 103,00G	London 8 Tage 2 1/2% 20,345G
3 94 70G	do. 3 Monate 2 1/2% 20,345G
5 53,850G	Paris 8 Tage 3% 81,00G
1% 168,60G	Lis. 2 Monate 3% 80,90G
— 75,00G	Wien, österr. B. 8 T. 4 1/2% 162,90G
3 1/2% 111,10G	do. 2 M. 5 1/2% 162,20G
2 1/2% 259,250G	Schweiz. fl. 10 T. 3% 80,90G
— 99,50G	Stallen. fl. 10 T. 5 1/2% 73,10G
1% —	Petersburg 3 M. 6% 217,25G
2 1/2% —	do. 3 M. 6% 215,50G

A. V. Expedition dieses Blattes,
Kirchplatz 3, erbeten.

